

kerung entsprechend, wird die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nicht mehr zulassen, daß Angehörige der in Westberlin stationierten Besatzungstruppen der drei Westmächte bei Fahrten in der Hauptstadt der DDR durch gesetzwidrige Handlungen und rowdyhaftes Verhalten Leben und Sicherheit unserer Bürger gefährden, sich am sozialistischen Eigentum vergreifen und provokatorisch Fahnen unserer Republik beschädigen oder stehlen.

Im Namen der Freiheit, des Selbstbestimmungsrechtes und der nationalen Würde der deutschen Nation fordern wir, Schluß zu machen mit der imperialistischen Fremdherrschaft von NATO-Mächten in Westberlin. Die Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte neutrale Freie Stadt dient in erster Linie der Sicherung des friedlichen Lebens der Westberliner Bevölkerung.

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik wird nach wie vor dafür eintreten, daß der gefährliche Spannungsherd Westberlin weiter eingedämmt wird. Wir sind für die friedliche Lösung aller Fragen und für die Normalisierung der Beziehungen durch Verhandlungen zwischen kompetenten Vertretern der Regierung der DDR und des Senats von Westberlin.

Herrn Brandt und den Mitgliedern des Westberliner Senats sind unsere Vorschläge wohlbekannt.

Wir haben unsere Beauftragten für die Verhandlungen benannt. Es liegt jetzt an der Westberliner Seite, endlich die erforderlichen Schritte zu tun.

II

Wirtschaftspolitik

Sehr verehrte Abgeordnete!

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik läßt sich in ihrer Wirtschaftspolitik von den Grundprinzipien leiten, die der VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen hat.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung der DDR dient dem umfassenden Aufbau des Sozialismus. Sie ist darauf